

Ausschuss für Inneres und Sport

(119. - teilweise öffentliche - Sitzung am 27. April 2017)

Beratungsthemen:

1. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung

Der Ausschuss bat die Landesregierung einmütig um eine mündliche Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil durch die Landesregierung über Nebentätigkeiten des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen.

2. Entwurf eines Gesetzes gegen die Verhüllung des Gesichts in öffentlichen Gebäuden

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/7561](#)

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen und kam überein, hierzu eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, bis zum 11. Mai 2017 Vorschläge zum Kreis der Anzuhörenden vorzulegen.

3. a) Unterrichtung durch die Landesregierung über Sozialbetrugsfälle in den Standorten der Landesaufnahmebehörde

*Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in einem **vertraulichen Sitzungsteil** - entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die Landesregierung bot eine Fortsetzung der Unterrichtung an.*

b) Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung; Vorlage von Akten zu Fällen von mutmaßlichem Sozialbetrug wegen Mehrfachregistrierungen von Flüchtlingen mit verschiedenen Identitäten bei der Landesaufnahmebehörde (Standort Braunschweig), 1. Tranche

Der Ausschuss fasste einstimmig den Beschluss nach § 95 a GO LT über die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 6. April 2017 vorgelegten und als vertraulich zu behandelnden Unterlagen.

4. Unterrichtung durch die Landesregierung über eine angebliche Entführung in Hambühren

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/7415](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen
- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
- Bund Deutscher Kriminalbeamter
- Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
- Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen

Darüber hinaus liegen schriftliche Stellungnahmen von weiteren Fachleuten und Institutionen vor.

Im Rahmen der Anhörung wurden auch Aspekte der Unterrichtung durch die Landesregierung über die Rechtsgrundlagen für einen Modellversuch zum polizeilichen Einsatz von Body-Cams aus der 114. und 115. Sitzung aufgegriffen. In diesem Zuge bekräftigte der Ausschuss seine Bitte an die Landesregierung, über die Ergebnisse dieses Modellversuchs unterrichtet zu werden. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, wie die Geräte nach Abschluss des Modellversuchs genutzt werden.

In der Anhörung wurden wiederholt Bezüge zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung in den Drucksachen 17/6232 neu - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze - und 17/6878 hergestellt.